

Report: Durch die USA initiierte WTO Regeln könnten Regulierungen der globalen Finanzmärkte untergraben

Während sich die G-20 in Pittsburgh treffen, warnt ein neuer Report von Public Citizen's Global Trade Watch, dass die Welthandelsorganisation lange extreme und weitreichende Deregulierungen in Form von Handelsverträgen vorangetrieben hat, die nun die gegenwärtigen Bemühungen zur Regulierung der globalen Finanzmärkte bremsen könnten.

Wir sprechen mit Lori Wallach, Geschäftsführerin von Public Citizen's Global Trade Watch Abteilung.

JUAN GONZALEZ: Die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Zwanzig Länder sollen heute ankündigen, dass die G20 dauerhaft die G7 und G8 als permanenten weltweiten Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzen soll. Diese Änderung würde Volkswirtschaften wie China, Indien, Argentinien, Brasilien, Mexiko, Indonesien, Türkei, Saudi-Arabien und Südafrika ein größeres Mitspracherecht bei weltweiten wirtschaftlichen Themen geben. Eine amtliche Verlautbarung offenbarte auch, dass die G-20 Führer einverstanden waren, den IWF repräsentativer zu machen, indem das Stimmrecht zugunsten der sogenannten Entwicklungsländer, die gegenwärtig nur 43 Prozent der Stimmen haben, geändert wird.

Während einer Rede am Donnerstag, dem Vorabend des Gipfels, verlangte US Finanzminister Tim Geithner höhere Regulierungsnormen.

TIMOTHY GEITHNER: Wie Sie wissen, steht der Kongress der Vereinigten Staaten unter großem Zeitdruck, grundlegende Änderungen unseres Finanzsystems durchzuführen, welche einen besseren Schutz für Verbraucher und Investoren schaffen sollen, indem ein stabileres Finanzsystem geschaffen werden soll, und der Versuch, sicher zu gehen, dass in Zukunft nicht die Steuerzahler die Last und Bürde von finanziellen Krisen tragen. Aber wir schaffen das nicht alleine. Wenn wir weiterhin zulassen, dass Risiko und Einfluss dahin wandern, wo die Maßstäbe am niedrigsten sind, dann wird das gesamte weltweite Finanzsystem der USA in Zukunft weniger stabil sein. Wir müssen einen Wettkampf für höhere und nicht für niedrigere Maßstäbe sehen.

JUAN GONZALEZ: Kurz vor ihrem Aufbruch zum G-20 Gipfel drängte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Kollegen, sich im Forum auf finanzielle Regulierung zu konzentrieren.

KANZLERIN ANGELA MERKEL: Pittsburgh wird eine entscheidende Wegmarke sein für uns sein, ob die Finanzmarktregulierung ein zentrales Thema bleibt. Für uns ist es das wichtigste Thema des Treffens.

JUAN GONZALEZ: Wie weit wird die G-20 in der Finanzmarktregulierung gehen? Der Entwurf der Abschlusserklärung der G-20 schlägt ebenfalls vor, die lange dauernden Verhandlungen über den Welthandel in Doha so schnell wie möglich zu beenden. Ein Report des "Public Citizen's Global Trade Watch" warnt, dass die Welt-Handels-Organisation (WTO) schon lange extreme finanzielle Deregulierung gefördert hat, unter dem Deckmantel von Handelsübereinkünften, und daher das gegenwärtige Streben für mehr Regulierung verhindern könnte.

Um mehr zu dem Thema zu erfahren, wird jetzt von Pittsburgh Lori Wallach, Direktorin von Public Citizen's Global Trade Watch dazu geschaltet.

Willkommen bei Democracy Now!, Lori.

LORI WALLACH: Guten Morgen.

JUAN GONZALEZ: Bitte sagen Sie uns, was Sie bezüglich der Finanzregulierung erwarten.

LORI WALLACH: Es gibt einen unglaublichen Widerspruch zwischen der Richtung, in die die Abschlusserklärung des Gipfels geht, die einerseits von Regulierung der Finanzwelt spricht, und gleichzeitig in Erwägung zieht, die Doha WTO-Expansion zu übernehmen - aber ein großer Teil dieser Vereinbarung betrifft die Deregulierung der Finanzwelt. Und das Problem besteht darin, dass die Verpflichtungen der G-20 nicht bindend sind. Es ist eine Art Verpflichtung an den Glauben an die Länder, und was sie im Inland machen werden. Aber die Regeln der WTO sind bindend und können durch Sanktionen erzwungen werden. So ist es nicht klar, ob es Ignoranz oder Zynismus ist, aber wenn die Doha-Runde in Kraft tritt, haben alle Länder der Welt nicht nur die Pflicht, die gegenwärtigen WTO-Deregulierungszwänge bezüglich der Finanzen beizubehalten, sondern auch die Pflicht mehr zu deregulieren, genau inmitten einer scheinbaren weltweiten Einigung zur Regulierung.

JUAN GONZALEZ: Unter den Ländern, die jetzt bezüglich der wachsenden Rolle der G-20 in Weltwirtschaftsangelegenheiten mehr Aufmerksamkeit bekommen, gibt es da welche, die speziell um mehr Regulierung kämpfen?

LORI WALLACH: Das ist der merkwürdigste Aspekt der Sache. Die EU, wie Sie gerade erwähnten, unter anderem Angela Merkel, drängten auf mehr Regulierung, und sie wollen, dass die G-20 eine weltweite Regulierungsebene schafft. Die USA war nicht dafür. Es wird in der Abschlusserklärung nicht erwähnt, aber sie haben wirklich darauf gedrängt. Aber gleichzeitig ist die EU eine große Anstifterin zur Deregulierung.

Und daher ist es ein wichtiger Schritt, dass wir schlussendlich an Dokumente gelangen konnten, die in der Tat erklären, was für die WTO Doha-Runde geplant ist, und es ist die EU, die zum Schlimmsten gedrängt hat. Sie wollen wirklich eine Bestimmung, die den totalen Stillstand bedeutet von Regulierung bedeutet, während sie gleichzeitig nach Re-Regulierung verlangen. Man kann nicht beides haben.

JUAN GONZALEZ: Was denken Sie über die Proteste gegen Pittsburgh, wie sie sich in den letzten paar Tagen entwickelt haben? Haben sie überhaupt eine Wirkung, im Bezug darauf, was die Führungsmächte von den Protesten halten?

LORI WALLACH: Unglücklicherweise ist es offensichtlich, dass es eine unglaubliche Überreaktion gibt, insofern dass mit aller Macht versucht wird, zu verhindern, dass die Demonstranten überhaupt in die Nähe des Veranstaltungsortes kommen. Es kommen auf jeden Demonstranten zehn bis auf die Zähne bewaffnete Polizisten. Und für mich ist das eine Horrorvision im Zusammenhang mit Redefreiheit und Zivilrechten. Klar ist es notwendig, die Sicherheit des Präsidenten und der anderen Staatsoberhäupter zu garantieren, aber das geht weit darüber hinaus, und sie brachten Polizisten von Orten wie Miami, die, wie wir bei den FTAA (Gesamtamerikanische Freihandelszone) Ministerial Meetings gesehen haben, nur Sturmtruppen sind, die Kids zusammenschlagen wollen. Es ist besorgniserregend, dass bei jedem wichtigen Gipfel versucht wird, es unmöglich zu machen, dass die Botschaft der Öffentlichkeit von den Führern gehört werden kann.

JUAN GONZALEZ: Lori, ich möchte Sie nach der Rolle des Finanzministers Tim Geithner fragen. Hier in den Vereinigten Staaten führt er die Bestrebungen nach mehr Regulierung im finanziellen Sektor. Aber vorher trug er in der Regierung Clintons dazu bei, was in der WTO geschah bezüglich finanzieller Deregulierung. Können Sie darüber sprechen?

LORI WALLACH: Ja, das ist ein ernsthaftes Problem. Die meisten Menschen wissen nicht einmal, dass die WTO eine Vereinbarung hat, die Vereinbarung über Finanzdienstleistungen – die ausdrücklich für über hundert Länder gilt - und weitreichende Deregulierung fordert. Nur als Beispiel: Sie enthält eine Regelung, dass ein Land kein nationales Gesetz haben darf, welches die Größe einer Finanzdienstleistungsfirma begrenzt - Versicherung, Bank, Wertpapiere – auch wenn es gleichermaßen ausländische und einheimische Firmen betrifft. Während also alle davon

sprechen, Regeln einzuführen die sich dem „zu groß um zu versagen“ Problem annehmen, gibt es eine WTO Vorschrift, die das verbietet. Und viele andere wirklich extreme Deregulierungsregeln. Diese Vereinbarung kam im Kongress nie zur Abstimmung, daher wissen viele Kongressabgeordnete nicht, dass sie existiert.

Wir fanden eine interessante Tatsache, nämlich, dass obwohl Vater Bush die Verhandlungen begann, war es Clinton, der sie abschloss. Und es war Geithner, der während der Regierung Clintons im Finanzministerium für Robert Rubin arbeitete und hauptsächlich die Verhandlungen im Finanzministerium der Clinton Regierung führte. So ist er irgendwie der Typ, der den Deal abgeschlossen hat. Und daher muss er davon wissen. Er muss von den existierenden Vereinbarungen wissen. Und so sollte er theoretisch die Person sein, der am besten weiß, was auf dem Spiel steht, weil er ja ein Teil der ganzen Clinton-Ära Deregulierung war, eingeschlossen auf nationaler Ebene.

Nur zum Beispiel, das Kaputtmachen des Glass-Steagall-Gesetzes, welches wir übrigens in der WTO als eine von unseren Verpflichtungen gelistet haben, nämlich Glass-Steagall umzuformen, da es Firewalls zwischen Versicherungen, Wertpapieren, Banken geschaffen hatte. Es hat Banken daran gehindert, mit unseren Ersparnissen Glücksspiele zu machen- eine gute Idee. Die WTO Verpflichtung listet die Reform von Glass-Steagall, indem sie es los wird. All das passierte während Clintons Amtszeit. Nicht nur in der WTO, sondern auch im Inland wussten viele Leute davon, die schon in der Clinton-Regierung waren und jetzt in der Obama-Regierung sind – wie Larry Summers oder Geithner.

Und jetzt spricht Geithner von Re-Regulierung im Inland, muss auf das WTO Stück kommen, aber kann keine Doha-Runde haben, die mehr Deregulierung bringt. Ich bin der Meinung, dass es vor allem drauf ankommt, nicht mehr Schaden anzurichten. Aber dann müssen sie wieder hingehen und die Vorschriften der WTO reparieren.

Und wir werden jetzt eine Kampagne starten mit einigen Gewerkschaften und anderen, und es wird auf der ganzen Welt begonnen, daran zu arbeiten. Mehr Information gibt es auf unserer Website, tradewatch.org. Das ist etwas, das wirklich repariert werden kann, aber es wird sehr viel Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit brauchen, bis die Führer dazu gebracht werden, es zu tun.

JUAN GONZALEZ: Sie sagen also, wenn der Kongress versuchen würde, auf irgend eine Weise, auf irgendeine Art das Glass-Steagall Gesetz wieder einzuführen, oder das Wachstum dieser „zu groß um zu versagen“-Banken zu regulieren, die Vereinigten Staaten dann mit dem Finanzdienstleistungsabkommen der Welthandelsorganisation in Konflikt kommen könnten?

LORI WALLACH: Dieses Abkommen stammt aus dem Jahr 1999, dem Gipfel der Verrücktheit für Deregulierung. So hat das Finanzdienstleistungsabkommen zum Beispiel eine Regel, dass man nicht bezüglich der Größe regulieren kann. Die USA übernahm dann zusätzliche Verpflichtungen, wie ungefähr dreißig andere Länder, vor allem reiche, aber auch ein paar Entwicklungsländer, genannt: die Vereinbarung über Verpflichtungen in Finanzdienstleistungen. Und diese Vereinbarung ist gedopte Deregulierung. Also hat die USA eine spezifische WTO Verpflichtung, die „Stillstand“ heißt, und in dieser Verpflichtung haben wir uns damit einverstanden erklärt, auf dem Ausmaß an Deregulierung blockiert zu bleiben, auf dem wir in 1999 waren.

Jetzt spricht man im Kongress offensichtlich von Re-Regulierung, aber in unseren WTO-Verpflichtungen haben wir uns einverstanden erklärt, in den Gebieten wo wir gebunden sind, und wir sind überall gebunden. Wir machten im Gebiet der Derivate eine wichtige Ausnahme. Das wäre bei den Onion-Zertifikaten. Mit allen anderen Arten von Wertpapieren, Aktien, Derivate sind wir gebunden, aber wir machten eine Ausnahme bei Onion-Zertifikaten. Das ist eine wirklich angsteinflößende Gruppe von Beschränkungen. Es ist jetzt offensichtlich, dass es ein politisches Muss ist, zu re-regulieren. Die Frage ist nur, wenn es wirklich eine Re-Regulierung gibt, dann muss diese Hintertür-Deregulierung geschlossen werden. Daher müssen die existierenden WTO-Regulierungen geändert werden, und offensichtlich muss auch die weitere Deregulierung der Doha-Runde gestoppt werden.

Aber ein großer Teil davon ist, dass wir soviel Lärm darum machen müssen, dass viel Aufmerksamkeit auf die Sache gerichtet wird, da viele starke Finanzdienstleistungsinteressen existieren. Übrigens stecken die, die im Gossen und Ganzen das Finanzdienstleistungsabkommen geschrieben haben, mit der Regierung unter einer Decke. Es gibt ein Buch von einem American Express Typen, der davon spricht, wie er und die AIG und die anderen diese Regulierung schrieben. Diese Typen wollen noch mehr davon. Eines der Übereinkommen, von dem wir herausfanden, dass es automatisch in Kraft treten würde falls die Doha-Runde akzeptiert werden sollte, wie die G-20 Abschlusserklärung es verlangt, ist eine Limitierung der Regulierung von Buchführung, Regulierung der Rechnungslegung, das zusammen mit Arthur Anderson geschrieben wurde. Ich könnte das nicht erfinden. Das ist wirklich dieses Dokument. Und das letzte, was wir brauchen sind diese Beschränkungen.

Und deshalb ist die Arbeit, die vor uns allen liegt, die Bankleute an einer Vielzahl von Fronten zu schlagen. Es wird im Inland ein großer Kampf werden, aber wir werden weder im Inland noch in der Welt Erfolg haben, – aber vielleicht werden die USA und Europa es schaffen, bezüglich der Regulierungen der WTO ein bisschen zu mogeln, aber die anderen Länder der Welt, vor allem die weniger mächtigen, haben diese Möglichkeit nicht. Daher geht es nicht nur darum, was wir hier im Land selber brauchen, obwohl das auch wichtig ist. Sie wollen ja auch nicht, dass Omas Rente gestohlen wird, oder Ihre Hypothek verschwindet. Aber darüber hinaus, und für die anderen Länder, müssen wir diese WTO Regulierungen reparieren, und die Doha-Runde stoppen.

JUAN GONZALEZ: Lori Wallach, Direktor von Public Citizen's Global Trade Watch division, danke, dass Sie bei uns waren.